

»Wir fordern 80 Euro mehr – sofort«

120 Euro für Ernährung sind zu wenig. Erwerbslose wollen »Krach schlagen, statt Kohldampf schieben«. Demo am 10. Oktober. Ein Gespräch mit Guido Grüner

Interview: Gitta Düperthal



Guido Grüner ist aktiv in der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (Also)

Guido Grüner ist aktiv in der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg. »Krach schlagen, statt Kohldampf schieben« lautet das Motto der bundesweiten Erwerbslosendemo, die für den 10. Oktober in Oldenburg geplant ist. Wie ist die Lage der Erwerbslosen aktuell und was fordern sie?

Die Lage ist zwiespältig. Einerseits gibt es für Hartz-VI-Bezieher die Bedrohung durch Kürzungen, beispielsweise bei Heizkostenzuschuß und Elterngeld, und ständige Schikanen der Ämter. Erwerbslose nehmen wahr, immer in der Defensive zu sein. Andererseits haben wir in den vergangenen Jahren einiges erkämpft. Kinder aus Familien von Hartz-IV-Betroffenen erhalten mehr Geld. Der monatliche Regelsatz für die Altersgruppe von sechs bis 14 Jahren wurde von rund 215 Euro auf 251 Euro erhöht. Durchgesetzt haben wir auch die jährliche Schulbeihilfe von 100 Euro. Es ist uns gelungen, Begleitung in die Ämter zu organisieren, um herauszuholen, was uns zusteht.

Bei der Demonstration am 10. Oktober werden wir darauf drängen, daß die Mangelernährung endlich aufhört. 3,94 Euro pro Tag für einen Erwachsenen, das ist skandalös. Rund 120 Euro monatlich für Ernährung sind zu wenig, wir müssen mindestens 200 Euro haben. Wir fordern deshalb 80 Euro mehr – sofort. Die politische Absicht der Bundesregierung hinter der Verarmung der Erwerbslosen ist leicht zu durchschauen: Wer Hungerlöhne durchdrücken will, muß Hunger erzeugen.

Müssen Erwerbslose tatsächlich hungern?

Der Boom der Tafeln zeigt, daß ausreichende Ernährung nur noch über Almosen gewährleistet werden kann. Viele Leute brechen sogar Müllcontainer von Supermärkten auf, um an Lebensmittel zu gelangen. Die sind inzwischen fast durchgängig verschlossen. Auf Mitarbeiter der Discounter wird Druck ausgeübt, daß das so bleibt. Falls sie sich nicht daran halten sollten, wird mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht. All das hat System. Hartz-IV-Bezieher müssen bei Billigdiscountern einkaufen, die wiederum beuten ihre Mitarbeiter extrem aus.

Warum findet die Aktion der Erwerbslosen ausgerechnet in Oldenburg statt?

Das Netzwerk der Erwerbsloseninitiativen hat lange diskutiert, wo wir die Demo veranstalten: Trauen wir uns zu, genug Leute auf die Straße zu bekommen? Wir hatten beschlossen, sie nicht in Berlin zu machen, weil sie dort untergehen könnte, wenn man nicht eine Million Teilnehmer hat. In Oldenburg

haben wir eine gute Vernetzung aktiver Erwerbsloser, deshalb können wir gut mobilisieren. Und wir haben Bündnisse, zum Beispiel mit den Milchbauern, die für »faire Milch« auf die Straße gehen. Wir wollen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen. Motto: Ihr Milchbauern müßt euch runterhandeln lassen, damit die Erwerbslosen mit ihren knapp vier Euro sich täglich Milch leisten können. Das Gleiche gilt im übrigen für die unterbezahlten Discounter-Mitarbeiter. Dumping-Wettbewerb lehnen wir ab, deshalb schließen wir uns zusammen.

Ende August ist die Zeitung Extrablatt mit 200000 Exemplaren gedruckt worden ...

Wir verteilen das Extrablatt über unsere Initiativen bundesweit in Stadtteilen, wo Geringverdienende leben, aber auch über Gewerkschaftsgruppen und andere lokale Unterstützer. Wir legen Wert auf Allgemeinverständlichkeit. Auch der Nichtfachmann für Armutspolitik soll uns verstehen können. Im Internet kann man sich die Zeitung unter www.erwerbslos.de anschauen. Sie enthält praktische Tipps für Hartz-IV-Bezieher: Wo kann ich mich informieren? Welche Ansprüche kann ich geltend machen? Wie kann ich mich gegen Verweigerungen des Amtes zur Wehr setzen?

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und ver.di unterstützen die Demonstration. Wie läuft die Zusammenarbeit?

Wir arbeiten zusammen, um eine Solidarisierung hinzubekommen. Sicherlich haben wir als Aktive in der Erwerbslosenbewegung teilweise eine andere Einschätzung des Kapitalismus als viele Gewerkschafter. Wir sagen: Wir müssen von unten eine kluge Basisbewegung schaffen, die selber aktiv die Gesellschaft verändern will. Da kann es nicht angehen, daß nur noch wenige für große Konzerne tätige Teile der Arbeiterklasse relativ gut bezahlt – und so politisch bei der Stange gehalten werden.

»Wir hoffen, diese Wut auch auf die Straße zu tragen«

Bundesweiter Aufruf zur Erwerbslosendemo am Sonntag in Oldenburg: »Krach schlagen, statt Kohldampf schieben«. Gespräch mit Martin Künkler

Interview: Gitta Düperthal



Die Tageszeitung
jungeWelt

Martin Künkler ist Sprecher der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)

Für Sonntag rufen Hartz-IV-Bezieher und ihre Unterstützer bundesweit zu einer Demonstration unter dem Motto auf: »Krach schlagen, statt Kohldampf schieben«. Die Demo soll in Oldenburg stattfinden, im tiefsten Niedersachsen also. Wie läuft denn die Mobilisierung?

Die Empörung ist riesengroß über diese Minierhöhung von fünf Euro, die sich die Bundesregierung bei Hartz IV geleistet hat. Wir hoffen, daß wir es schaffen, diese Wut auch auf die Straße zu tragen, damit aus privatem Jammern öffentlich wahrnehmbarer Protest wird. 13 Busse sind angekündigt, viele Teilnehmer reisen mit der Bahn an. Wir werden 80 Euro pro Monat für Erwachsene zusätzlich fordern, damit zumindest eine halbwegs gesunde Ernährung gewährleistet ist. Zur Zeit gibt es 3,94 Euro pro Tag und Person, das reicht nicht. Deshalb wollen wir in Oldenburg laut und rhythmisch die Töpfe schlagen.

Am Samstag soll eine Podiumsdebatte mit Vertretern der in den Bundestag gewählten Parteien in der Oldenburger Lamberti-Kirche stattfinden. Außer der CDU haben alle zugesagt, sich der Diskussion mit den Erwerbslosen zu stellen. Was wird Thema sein?

Es ist seit langem politisch gewollt, daß die Renten sinken und die Zahl der Niedriglöhner steigt – die Einkommen der ärmsten Bevölkerungsschicht werden dadurch immer weiter nach unten gedrückt. Obendrein hat die Bundesregierung jetzt bei der Neuberechnung von Hartz IV nicht mehr das Ausgabeverhalten der unteren 20 Prozent der Einkommensbezieher berücksichtigt, sondern nur noch die unteren 15 Prozent. Wenn die Statistik ausweist, daß dieser Teil der Bevölkerung kaum Geld für Obst und Bücher ausgeben kann, heißt das noch lange nicht, daß diese Dinge nicht notwendig sind. Das heißt nur, daß auch in diesen Haushalten das Geld dafür fehlt.

Die Zeitung für die Mobilisierung der Demo wurde auch der ver.di-Montszeitung Publik beigelegt. Engagieren sich Gewerkschaften mehr als zuvor für Erwerbslose?

Die ver.di-Erwerbsloseninitiativen rufen bundesweit zu dieser Demonstration auf, vielerorts haben Gewerkschaften Busse finanziert. Insofern läuft die Unterstützung gut an. Es wird immer deutlicher, daß Hartz IV kein Spezialthema für Erwerbslose ist. Bei der Debatte um die Mindestlöhne ist die Höhe des Hartz-IV-Satzes die entscheidende Stellschraube, zu welchem Preis Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft

verkaufen müssen.

Hartz IV löst in Betrieben Angst aus, macht Beschäftigte gefügig und zwingt sie zu Zugeständnissen. Aus der Not heraus müssen Hartz-IV-Bezieher dann jede noch so miese Arbeit annehmen. Das spielt den Arbeitgebern in die Hände und drückt das Tarifniveau. Der Druck lastet gleichermaßen auf allen – egal, ob sie beschäftigt sind oder erwerbslos.

Erwerbslose wurden von den Gewerkschaften bisher eher als fünftes Rad am Wagen gesehen ...

Die Gewerkschaften werden wohl auch künftig nicht die Interessenvertretung von Erwerbslosen sein. Aber es gibt Fortschritte: Unsere Mobilisierungszeitung wurde zum Beispiel zu 90 Prozent von Gewerkschaften finanziert. Viele der organisierten Erwerbslosen werden auch von örtlichen Gewerkschaftsgruppen unterstützt.

Haben Beschäftigte mittlerweile erkannt, daß Hartz IV letztlich für Lohndrückerei verantwortlich ist? Sind sie eher als früher bereit, mit den Erwerbslosen solidarisch zu sein?

Es ist wohl eine Daueraufgabe für uns zu vermitteln, daß Hartz IV für uns alle schlecht ist. Was die Arbeitslosenunterstützung an Sozialversicherungsbeiträgen kostet, kann jeder auf seiner Lohnabrechnung sehen. Gelingt es uns, einen höheren Hartz-IV-Betrag durchzusetzen, wird auch der Grundfreibetrag bei den Steuern ansteigen, denn der bemißt sich daran, was hierzulande als Existenzminimum angesehen wird. Geringverdiener müßten dann also weniger Steuern zahlen und hätten mehr zum Leben.

www.erwerbslos.de

80 Euro mehr für Essen

»Krach schlagen statt Kohldampf schieben« –
Erwerbslosengruppen haben im niedersächsischen Oldenburg
für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze demonstriert



Von der Leyens fünf Euro sind der Hohn – Protest
am Sonntag in Oldenburg
Foto: dpa

Die Tageszeitung
jungeWelt

Unter dem Motto »Krach schlagen statt Kohldampf schieben. Mindestens 80 Euro sofort für Ernährung« haben am Sonntag nachmittag 3000 Menschen im niedersächsischen Oldenburg für die Erhöhung der Hartz IV-Eckregelsätze protestiert (siehe jW vom 11. Oktober). *junge Welt* dokumentiert auszugsweise die Abschlußrede, die von den Erwerbslosennetzwerken zusammen ausgearbeitet wurde. Vorgetragen wurde sie von Beteiligten der Demovorbereitung aus Oldenburg. Die vollständige Fassung findet sich im Internet: www.krach-statt-kohldampf.de.

Diese Regierung behandelt mehr als fünf Millionen Menschen dieser Gesellschaft wie den letzten Dreck! Sie wirft ihnen fünf Euro hin wie den Tieren das Futter: Friß oder stirb! Sie hat keine öffentliche Diskussion darüber geführt, was ein Mensch in dieser Gesellschaft braucht für ein menschenwürdiges Leben. Sie hat nicht mit denjenigen gesprochen, die von Hartz IV leben müssen. Sie hat das soziokulturelle Existenzminimum wieder im Hinterzimmer berechnen lassen und präsentiert die Ergebnisse um fünf Minuten vor zwölf – und dann noch mit peinlichen Zahlendrehern.

Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, daß die Hartz-IV-Sätze gegen die Menschenwürde verstoßen und deshalb neu bestimmt werden müssen, hätte die Chance beinhaltet, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, was ein Mensch braucht für ein menschenwürdiges Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Es hätte die Chance beinhaltet, die Abspaltung und Ausgrenzung einer wachsenden Armutsbevölkerung überhaupt einmal zu thematisieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.

Aber was macht diese Regierung? Sie weiß, daß für die Berechnung der Hartz-IV-Sätze entscheidend ist, welche Haushalte als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Das ist eine politische Entscheidung. Bisher waren es die untersten 20 Prozent aller Einkommensbezieher, ohne die Hartz-IV- und Grundsicherungsbezieher selber. Diese Regierung entscheidet als erstes, in dieser Vergleichsgruppe nicht nur all diejenigen zu belassen, die ergänzend Hartz IV oder Grundsicherung erhalten, weil ihr Lohn oder ihre Rente nicht reichen, sondern auch noch all die Haushalte, deren Einkommen sogar noch unter den

Hartz-IV-Sätzen liegen. Im Klartext heißt das: Die Höhe des Regelsatzes soll sich auch nach den Ausgaben von Menschen bemessen, die noch nicht einmal den Regelsatz zur Verfügung haben.

Neue Referenzgruppe

Aber die politische Willkür der Regierung ist damit noch nicht zu Ende. Als ihr nach diesem Trick die Ergebnisse immer noch zu hoch erscheinen, berücksichtigt sie statt der untersten 20 nur noch die untersten 15 Prozent. Hören wir dazu den Originalton aus dem Bundesarbeitsministerium: »Mit einer Referenzgruppe von ungeachtet weiter 20 Prozent käme man bei der Bemessung des Existenzminimums in Einkommensklassen, die in die untere Mittelschicht reichen (bis 1200 Euro).«

Das ist schon eine bemerkenswerte Aussage. Erstens gibt die Regierung hier unumwunden zu, daß sie die Statistik manipuliert, bis ihr das Ergebnis paßt. Zweitens wird deutlich, daß die Regierung schon ein Niedriglohneinkommen von 1200 Euro im Monat zur Mittelschicht deklarieren muß, nur um zu verbergen, daß inzwischen fast ein Viertel aller lohnabhängig Beschäftigten im Niedriglohnbereich arbeiten muß. Und das nicht etwa deshalb, weil in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt weniger Geld verdient wurde – im Gegenteil, aber das Einkommen wird immer ungleicher verteilt. Während der Niedriglohnbereich sich ausweitet und die Lohnhöhe dort seit 1995 nicht mehr ansteigt, steigen die Einkommen und Gewinne der Reichen und Superreichen. Und drittens zeigt sich hier, daß die Regelsatzbemessung nach der EVS [Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, jW] von vornherein einen entscheidenden Konstruktionsfehler hat: Wenn man 25 Jahre lang eine Massenarbeitslosigkeit von mehr als vier Millionen nicht bekämpft, sondern statt dessen den Erwerbslosen systematisch Jahr für Jahr die Leistungen kürzt, wenn man gleichzeitig einen Niedriglohnbereich schafft und mit Hartz IV systematisch ausweitet, wenn man in dieser Zeit an einem völlig überholten Schulsystem festhält, das systematisch Bildungschancen nach der sozialen Herkunft verteilt, wenn Kinder kaum eine Chance haben, diesen Teufelskreis sozial vererbter Ausgrenzung zu durchbrechen – wenn man also ein Vierteljahrhundert lang die Gesellschaft systematisch sozial, kulturell und politisch spaltet und eine wachsende Armutsbevölkerung produziert – dann kann die Bemessung des gesellschaftlichen Existenzminimums am Konsumverhalten dieser Armutsbevölkerung zu nichts anderem führen als zu weiterer Verarmung, weiterer Mangelernährung und weiterer Ausgrenzung. Das bedeutet: Wenn die untersten Schichten der Gesellschaft so verarmt sind, daß sie sich kein Obst und keine Bücher mehr leisten können, dann folgt nach diesem Modell daraus, daß Obst und Bücher nicht zum Existenzminimum gehören.

Diese Regierung predigt nur eine allgemeine Familien- und Kinderförderung, praktisch betreibt sie eine gesellschaftliche Auslese, die man nur noch als sozialassistisch bezeichnen kann – wie sonst ist das krampfhaftes Festhalten an unserem aussortierendem Schulsystem zu erklären, oder die kaltschnäuzige Streichung des Elterngelds nur für Hartz-IV-Kinder und nun die grobe Mißachtung grundlegender Bedürfnisse von mehr als zwei Millionen Kindern? Dabei muß es nicht immer nur mehr Geld sein. Wir sind durchaus mit Sachleistungen einverstanden, gern nach dem skandinavischen Vorbild, auf das sich von der Leyen mit ihrer Chipkarte so gern bezieht. Wir sind schwer dafür, daß alle Kinder gemeinsam lernen bis zur zehnten Klasse, daß der Transport zur Schule nichts kostet, daß sämtliche Schulmaterialien bezahlt werden, daß es ein gesundes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Schule gibt, daß alle Kinder bis nachmittags professionell und liebevoll betreut werden. Solche Sachleistungen für alle nehmen wir gerne, denn eine solche soziale Infrastruktur würde tatsächlich die weitere Spaltung der Gesellschaft stoppen und Integration vortreiben. Aber wir sind gegen scheinheilige Mogelpackungen, mit denen die armen Kinder nur noch mehr diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Während für den Warenexport und die Ausbeutung von Rohstoffen die Grenzen nicht schnell genug durchlässig gemacht werden können, werden für Flüchtlinge die Schotten in Europa dicht gemacht. Den wenigen, die den Weg in die reichen Länder überhaupt schaffen, wird das Leben bewußt schwermacht. Sie sind in den miserabelsten Unterkünften untergebracht und ständig von Abschiebungen bedroht. Noch jede Verschlechterung unserer Sozialleistungen wird vorher an ihnen vollzogen. An ihnen wird gesellschaftlich vorexerziert, wie mit vermeintlich überflüssigen Menschen umgegangen wird. Aber Flüchtlinge und ihre Unterstützerorganisationen wehren sich. Und wir freuen uns, daß sie mit uns hier zusammen demonstrieren, daß sie sich mit unseren Forderungen solidarisieren, daß wir uns gemeinsam wehren gegen die Spaltung in nützlich und überflüssig. Wir fordern eine ausreichende und gleiche Grundsicherung für alle Menschen weltweit.

Jeans, Obst und Milch

Zur Herstellung von Jeans im »Vintage-Style« müssen Arbeiterinnen in den türkischen Textilfabriken die Jeans per Hand sandstrahlen. Die giftigen Dämpfe, die dabei entstehen, führen zur Zerstörung ihrer Atemwege – aber wir sind froh, daß wir uns diese Jeans für 9,99 Euro bei Aldi kaufen können, weil mehr Geld dafür im Hartz-IV-Regelsatz nicht vorgesehen ist.

Bei der Gemüseproduktion unter den quadratkilometergroßen Folientunneln im spanischen Almeria ruinieren Tausende Migrationsarbeiter Jahr für Jahr ihr Leben und ihre Gesundheit durch katastrophale Arbeitsbedingungen und Pflanzengifte – aber wir freuen uns, drei bunte Paprikaschoten für 79 Cent bei Lidl kaufen zu können, denn für frisches Obst und Gemüse reicht der Hartz-IV-Satz sonst nicht.

Weil die Milchpreise längst nicht kostendeckend sind, ist die Existenz vieler Milchviehhalter in Deutschland bedroht. Sie müssen aufgeben oder ihr Land an die Betreiber von Biogasanlagen verpachten – aber wir freuen uns, daß die Milchprodukte bei den Discountern so günstig sind, denn für mehr würde der Hartz-IV-Satz auch nicht reichen.

Weil sie diese fatalen Zusammenhänge begriffen haben, demonstrieren auch die Milchbauern hier mit uns gemeinsam! Sie wissen, daß wir uns Nahrungsmittel zu fairen Preisen nur leisten können, wenn dafür genug Geld im Regelsatz enthalten ist. Und wir wissen, daß wir die Ausbeutung der Arbeiter, die Zerstörung der regionalen Landwirtschaft, die Massentierquälerei und die Zerstörung der Natur weltweit nur stoppen können, wenn wir anfangen, den ruinösen Preiskrieg der Discounter hier stoppen.

Wir wollen nicht länger durch Hartz IV gezwungen sein, immer nur das Billigste einzukaufen. Wir wollen nicht als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter mißbraucht werden. Deshalb fordern wir mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort.

»Wir werden die Delegierten zur Rede stellen«

»Krach schlagen statt Kohldampf schieben« – Erwerbslose wollen den CDU-Landesparteitag in Bonn aufsuchen. Gespräch mit Ulrich Franz

Interview: Gitta Düperthal



Ulrich Franz ist Mitglied der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppe Bonn/Rhein-Sieg

Bundesweit agierende Netzwerke der Erwerbslosen rufen dazu auf, am morgigen Samstag beim 32. Landesparteitag der CDU erneut die gegenwärtige Sozialpolitik zu protestieren. Was gab den Anstoß zu dem Motto: »Krach schlagen statt Kohldampf schieben«?

Unsere Wut ist mittlerweile sehr groß. Die Bezieher von Arbeitslosengeld II bzw. HartzIV empfinden es als Verhöhnung, daß die Bundesregierung nur schäbige fünf Euro als Erhöhung anbietet. Dieses Almosen und einige wenige Verbesserungen für Kinder sollen darüber hinwegtäuschen, daß die Leistungen in Wirklichkeit netto um etwa 2,5 Milliarden Euro gekürzt werden – unter anderem durch Streichung des Elterngeldes und der Beiträge zur Rentenversicherung.

Die Bundesregierung hat mit den Zahlen so lange herumgetrickst, bis ein Betrag herauskam, der schon 2008 errechnet wurde. Man hat nicht mehr die Ausgaben der untersten 20 Prozent der Einkommensbezieher als Maßstab für die Berechnung des Hartz-IV-Satzes berücksichtigt, sondern nur die untersten 15 Prozent. So hat man das Existenzminimum willkürlich abgesenkt. Für die Bankenspekulanten und Verursacher der Krise wurden dagegen schnell Hunderte Milliarden Euro bereitgestellt. Kein Wunder, daß die Erwerbslosen stinksauer sind.

Sie wollen den Delegierten des CDU-Parteitags in Nordrhein-Westfalen »den Hungerregelsatz um die Ohren fliegen lassen«, heißt es im Aufruf des Netzwerks – was meinen Sie damit?

Wir werden die Delegierten damit konfrontieren, daß für Erwachsene pro Mittagessen nur 1,77 Euro zur Verfügung steht, für ein Kind bis zu sechs Jahren sogar nur 1,06 Euro. Erwerbslose leiden vor allem darunter, daß sie ihren Ernährungsbedarf nicht decken können. Der Hartz-IV-Betrag reicht gerade einmal für täglich 1580 Kilokalorien gesunder Ernährung – ein Erwachsener braucht aber 2500 Kilokalorien.

Eine vitaminreiche Ernährung ist bei diesen Regelsätzen gar nicht möglich, wie das Forschungsinstitut für Kinderernährung 2007 nachgewiesen hat. Mit HartzIV eine ausgewogene Ernährung für Jugendliche zu gewährleisten, ist selbst beim Einkauf in Discountläden nicht möglich – in Supermärkten erst recht nicht. Die Erwerbslosen sind daher gezwungen, Lebensmittel zu kaufen, die unter schlechten ökologischen Bedingungen produziert wurden.

Kanzlerin Angela Merkel wird vermutlich beim Parteitag zugegen sein – setzen Sie Hoffnung darauf, mit

Ihrem Protest tatsächlich etwas bewirken zu können?

Es wird wohl große Aufmerksamkeit der Medien geben. Wir wollen die Delegierten und die Kanzlerin damit beschämen, indem wir ihnen berichten, wie Hartz-IV-Bezieher leben müssen. Wir wollen Antworten von den Politikern hören: Was sie sich dabei gedacht haben, derartige Beschlüsse zu fassen!

Wenn sie den Saal betreten, müssen sie an uns vorbeilaufen. Und dann werden wir sie zur Rede stellen – wenn sie nichts zu sagen wissen, ist das ihre Sache. Diese Interviews werden wir über eine Lautsprecheranlage live übertragen und per Video aufnehmen, um sie später im Internet zu veröffentlichen. Sie werden zum Beispiel auf www.erwerbslosenforum.de zu sehen sein.

Wie sieht die Lage der Erwerbslosen zur Zeit konkret aus und was fordern sie?

Wir fordern mindestens 80 Euro zusätzlich für unsere Ernährung – und zwar sofort! Hinzu kommt, daß es sich kein Mensch, der HartzIV bezieht, noch leisten kann, abends auszugehen. Viele können nicht einmal mehr den Kontakt zu Freunden und Verwandten halten, wenn diese nicht in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft leben. Im Hartz-IV-Regelsatz sind pro Monat etwa 15 Euro für Fahrkarten der öffentlichen Verkehrsmittel vorgesehen – aber eine einfache Fahrt von Köln nach Bonn kostet schon 6,50 Euro!

Wird es weitere Aktionen dieser Art geben?

Es ist eine Zumutung, daß die Bundesregierung keine sinnvolle Neuberechnung erstellt hat. In der Woche vom 15. November an wird es mit lokalen Aktionen weitergehen – dann pausiert der Bundestag. Schon mit wenigen Leuten kann man dann überall in der Republik vor Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten auftauchen und Krach schlagen. Solche Aktionen sind leicht zu organisieren.